



Landtag NRW Frank Sichau MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
44221 Düsseldorf
Büro: E 6, C 89
Tel. (0211) 884 - 0
Tel. (0211) 884 – 2294 (Durchwahl)

Herne, 03. Juli 2006

Birgit Fischer und Frank Sichau: Regierung scheitert in Sachen Ruhrgebiet am eigenen Anspruch

"Der Entwurf der Landesregierung für die Novelle des Landesplanungsrechts wird in keiner Weise den selbst formulierten Zielen der Koalition gerecht", erklärten die Herner Landtagsabgeordneten Birgit Fischer und Frank Sichau. "Von den hochfliegenden Plänen aus der Koalitionsvereinbarung ist nichts geblieben. Von 1:1-Umsetzung des europäischen Rechts ist nicht mehr die Rede. Die Regierung Rüttgers muss anerkennen, dass genau dies im rot-grünen Landesplanungsgesetz bereits längst verankert ist. An die angekündigte und auch aus Sicht der SPD gebotene Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm-Gesetz und Landesentwicklungsplan traut sich Ministerin Thoben erst gar nicht heran."

Es gehe Schwarz-Gelb auch nicht um bessere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit im Ruhrgebiet, stellten Fischer und Sichau klar: "Das bestehende Recht bietet der Stadt Herne und den weiteren Kommunen des Ruhrgebietes bereits alle Möglichkeiten in Form der regionalen Flächennutzungspläne und der Masterpläne des RVR. In Wahrheit geht es um etwas anderes: Das Ergebnis der letzten Kommunalwahl und die Zusammensetzung des alle Kommunen integrierenden RVR-Vorstands sind der Landesregierung ein Dorn im Auge. Der Gesetzesentwurf ist ein trojanisches Pferd: Unter dem Vorwand einer Änderung des Landesplanungsgesetzes soll der RVR-Vorstand auf Regierungslinie gebracht werden".

"Herr Rüttgers und Frau Thoben können offensichtlich nicht damit leben, dass die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet mehrheitlich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu ihren Oberbürgermeistern gewählt haben", kommentierten Birgit Fischer und Frank Sichau. "Darum wollen sie jetzt die Oberbürgermeister aus dem Vorstand verdrängen und durch CDU-Funktionäre ersetzen."

Der Ministerin gehe es offenbar darum, den RVR zu einem regierungsfrommen Verband umzugestalten. Sie versteige sich dabei sogar zu der absurden Behauptung, so Fischer und Sichau, die Zusammensetzung des Vorstandes sei verfassungsrechtlich bedenklich: "Diese Fragen sind alle vor der Verabschiedung des RVR-Gesetzes geklärt worden. Darum hat damals auch die CDU zugestimmt. Wenn man im übrigen dieser merkwürdigen Logik folgen würde, müsste der Ministerpräsident entsprechend dem Landtagswahlergebnis SPD-Minister in sein Kabinett berufen."

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung
Ulrich Glienke (Mitarbeiter Pressearbeit)